

oder im Berufungsverfahren – ihren eigentlichen Fluchtgrund vor, und zwar dann, wenn sie Vertrauen gefasst oder sich die Bedingungen verändert haben. Das wiederum kann den Frauen zum Verhängnis werden, weil ihnen die Vorspiegelung falscher Tatsachen oder die nachträgliche Änderung ihres Vorbringens vorgeworfen wird. Insgesamt kann die Art und Weise wie das Asylverfahren durchgeführt wird daher einen realen Einfluss auf das Ergebnis des Asylantrags haben.

Ausblick

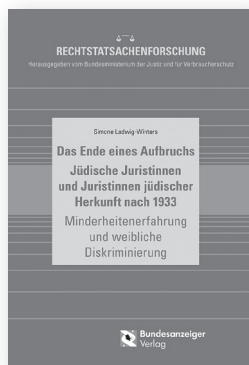
Für eine ordnungsgemäße Prüfung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe kommt der Gestaltung des Asylverfahrens daher eine ganz besonders zentrale Bedeutung zu. Es muss sicher gestellt sein, dass Asylsuchende allein angehört werden, dass die anwesenden Entscheider_innen und Dolmetscher_innen das „richtige“ Geschlecht haben, und es muss eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden, in der ausreichend Zeit ist, auch auf schwierige Themen behutsam zu sprechen zu kommen. Darüber hinaus muss für

psychotherapeutische oder andere Unterstützungsdienste gesorgt sein. Entscheiderinnen und Entscheider sollten außerdem Schulungen oder Trainings in der geschlechtssensiblen Auslegung der Konvention haben, um in der Lage zu sein, geschlechtsspezifische Aspekte überhaupt zu erkennen und angemessen damit umzugehen. Angesichts der bereits umgesetzten und weiter geforderten Beschleunigungen und Verkürzungen der Asylverfahren – nicht nur in Deutschland – ist die Sorge berechtigt, dass dies nicht oder nicht mehr gewährleistet wird: Die Beamtinnen und Beamten haben hohen Zeitdruck, die Verfahren sollen immer schneller und billiger werden. Daraus ergibt sich für die Zukunft ein besonderes Risiko, dass geschlechtsspezifische Fälle nicht angemessen geprüft werden – trotz der feministischen Erfolge im Flüchtlingsrecht. Mit denen allein ist nämlich noch gar nicht so viel erreicht. Denn was helfen grundsätzliche Erfolge bei der Anerkennung von geschlechtsspezifischer Verfolgung im Asylrecht, wenn entsprechende Anträge in der Masse der anstehenden Verfahren als „komplizierte“ Fälle einfach untergehen?

DOI: 10.5771/1866-377X-2016-4-185

Das Ende eines Aufbruchs.

Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft nach 1933. – Minderheitenerfahrung und Diskriminierung



Dr. Simone Ladwig-Winters

242 Seiten, Hardcover,

Bundesanzeiger Verlag, 2016.

ISBN: 978-3-8462-0595-2, 44,- Euro

In ihrer im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz durchgeführten Studie „Das Ende eines Aufbruchs. Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft nach 1933“ untersucht die

Historikerin Dr. Simone *Ladwig-Winters* die Lebensläufe von 87 Frauen, die zu den ersten Juristinnen in Deutschland zählen und deren Karrieren durch Ausgrenzung und Verfolgung jäh beendet wurden.

Erst seit 1922 ist es Frauen möglich, in klassischen juristischen Berufen zu arbeiten. Der hohe Anteil von jüdischen Frauen, die diesen Weg einschlugen, sich trotz aller Widrigkeiten in Gerichten, Ämtern und Kanzleien etablierten und ihren Beitrag zur Entwicklung und Durchsetzung des Rechts leisteten, ließ sie zu einer Avantgarde der Juristinnen werden.

Bereits als Frauen und Juristinnen benachteiligt, waren sie durch die Nationalsozialisten ab 1933 als Jüdinnen einer dreifachen Diskriminierung ausgesetzt. *Ladwig-Winters* stellt die Ausgrenzungsmechanismen und Verfolgung während der NS-Zeit dar und zeigt anschaulich auf, welche einschneidenden Folgen sie für das Leben und den beruflichen Werdegang

der jüdischen Juristinnen bedeuteten. Als jüdische Juristinnen gleich 1933 von einem Berufsverbot betroffen – die Situation der männlichen Kollegen wird in der Studie vergleichend in den Blick genommen –, flohen die meisten ins Ausland. Ohne Rechts- und Sprachkenntnisse des Exillandes mussten sie sich oftmals mit Hilfsjobs über Wasser halten, ganz andere Wege einschlagen. Das starke Vertrauen in ein funktionierendes Rechtssystem ließ die verfolgten jüdischen Juristinnen insbesondere in den USA ein weiteres Mal Rechtswissenschaften studieren.

„Das Ende eines Aufbruchs. Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft nach 1933“ bietet zunächst einen allgemeinen Überblick über die allmählich wachsenden Bildungs- und Berufsmöglichkeiten von Frauen und Juristinnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und beleuchtet die Situation jüdischer Frauen in Beruf und Gesellschaft. Sodann widmet sich die Studie im Schwerpunkt jüdischen Juristinnen nach 1933, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ausgegrenzt und verfolgt und in ihrem beruflichen Fortkommen massiv beeinträchtigt wurden. Ergänzung findet sie durch ein biografisches Verzeichnis der Juristinnen sowie zahlreiche Diagramme und Tabellen und stellt insgesamt ein eingängliches Werk dar. (IR)